BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 1

EUROPASCHRIFTEN DES STAATSMINISTERIUMS BADEN-WÜRTTEMBERG, HEFT NR. 8

Willi Stächele (Hrsg.)

20 Jahre Baden-Württemberg in Brüssel – für unser Land stark in Europa

Festschrift
zum 20-jährigen Bestehen der
Vertretung des Landes Baden-Württemberg
bei der Europäischen Union in Brüssel

Baden-Württemberg

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 2

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 3

Inhalt

I. Baden-Württemberg gut aufgestellt in Brüssel – gestern, heute und auch morgen

S. 5

Minister des Staatsministeriums und für Europäische Angelegenheiten Willi Stächele MdL

—

II. Die Vertretung der deutschen Länder bei der EU: ihre Rolle bei der europäischen Politikgestaltung

S. 11

Prof. Dr. Rudolf Hrbek

—

III. Diplomatie mit regionalem Charme – die Vertretung baden-württembergischer Interessen bei der EU

S. 16

Mit Pioniergeist nach Brüssel

Wilfried Baur

Fuß fassen – das Informationsbüro von 1993 bis 2000

Wolfgang Dietz

In drei Schritten zur „Botschaft" des Landes

Richard Arnold

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 4

IV. Europa hautnah erlebt – Momentaufnahmen baden-württembergischen Wirkens in Brüssel

S. 32

Ministerin a. D. Annemarie Griesinger

Minister a. D. Dr. Heinz Eyrich

Minister a. D. Dr. Erwin Vetter

Staatssekretär a. D. Dr. h.c. Gustav Wabro

Minister a. D. Dr. Christoph Palmer

Minister a. D. Ulrich Müller

—

V. Die baden-württembergische Landesvertretung und der Europäische Verfassungskonvent 2002-2003

S. 50

Prof. Dr. iur. Dres h.c. Thomas Oppermann

—

VI. 20 Jahre Baden-Württemberg in Brüssel

Kurzer Überblick über die Entwicklung der Landesvertretung 1987-2007

S. 55

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 5

Minister Willi Stächele MdL

Minister Willi Stächele war bereits von 1998 bis 2001 als Staatssekretär Bevollmächtigter des Landes für Europäische Angelegenheiten. Seit 2005 ist er der Minister des Staatsministeriums und für Europäische Angelegenheiten.

I. Baden-Württemberg gut aufgestellt in Brüssel – gestern, heute und auch morgen

Baden-Württemberg kann in diesem Jahr auf eine 20-jährige Erfolgsgeschichte der Präsenz des Landes bei den europäischen Einrichtungen in Brüssel zurückblicken. Die Landesregierung hat bereits 1987 entschieden, als eines der ersten deutschen Länder in Brüssel ein Informationsbüro einzurichten. Mit der schrittweisen Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes verabschiedete der europäische Gesetzgeber zahlreiche Vorschriften und Normen, die weit reichende Auswirkungen auf unsere heimische Wirtschaft – unseren Mittelstand wie auch unsere Unternehmen mit Weltruf – hatten. Für Baden-Württemberg als exportstarker High-Tech-Standort mit der Wirtschaftskraft, die den Vergleich mit einzelnen Mitgliedstaaten nicht zu scheuen braucht, sowie rund 10,7 Mio. Einwohnern, war es bereits 1987 ein wichtiges Anliegen, frühzeitig über europäische Vorhaben informiert zu sein, damit sich Politik und Wirtschaft darauf einstellen können.

20 Jahre nach dem Startschuss für einen gemeinsamen Binnenmarkt hat Europa sich von einer Wirtschaftsgemeinschaft zu einer politischen Union entwickelt, deren Entscheidungen Einfluss auf unsere Wirtschaft, unsere eigenen politischen Spielräume auf regionaler und kommunaler Ebene und auch letztlich auf jeden Einzelnen unmittelbar haben.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 6

Und bei der Themenvielfalt ist es wichtiger denn je, den Überblick zu bewahren und für unser Land wichtige sich anbahnende Entscheidungen frühzeitig zu erkennen, um gegebenenfalls unsere Position rechtzeitig in Brüssel deutlich zu machen und dafür einzutreten.

Minister Stächele und der Präsident der Europäischen Kommission Barroso beim Eintrag in das Gästebuch der Landesvertretung

Es gilt heute wie auch morgen, europäische Entscheidungen aktiv mitzugestalten – ob mittelbar über das innerstaatliche Bundesratsverfahren, über den Ausschuss der Regionen oder unmittelbar mit Hilfe unserer Kontakte bei den europäischen Einrichtungen in Brüssel.

Podiumsdiskussion mit Europa- und Medienminister Stächele, dem Brüsseler Korrespondent der ZEIT, Joachim Fritz-Vannahme und der Berichterstatterin des EU-Parlaments für die „EU-Fernsehrichtlinie" Ruth Hieronymi, MdEP

Genauso wie wir in Bereichen, in denen europäisches Handeln Vorteile gegenüber einzelstaatlichem bietet, eine aktive Rolle in Brüssel spielen wollen, so müssen wir auch Brüsseler Regelungen in Frage stellen dürfen, bei denen wir sagen: „das können wir vor Ort besser, wirksamer und effizienter!“ Subsidiarität heißt für mich, dass wir sorgfältig prüfen, was die EU besser kann als kleinere Einheiten. Wir dürfen auch nicht Halt davor machen, kritisch zu prüfen, ob Entscheidungen von gestern heute noch ihre Berechtigung haben. Mit der Erklärung von Laeken im Jahr 2001 haben die Staats- und Regierungschefs die Weichen für eine neue vertragliche Grundlage der EU gestellt. Der Konvent zur Zukunft Europas, in dem Baden-Württemberg die Interessen der deutschen Länder vertrat, hat weit reichende Vorschläge gemacht, die es gilt, in ihrer Substanz auch umzusetzen.

Deshalb begrüße ich, dass der Europäische Rat vom 21./22. Juni 2007 ein klares Mandat für eine Regierungskonferenz zur Reform der EU im zweiten Halbjahr 2007 erteilt hat. Der nun über zwei Jahre dauernde „Reflexionsprozess“ ist damit beendet und die EU hat die Chance, wieder klare Grundlagen zu bekommen.

Auch wenn bedauerlich ist, dass z.B. die Symbole der EU – so wie es der Konvent vorgeschlagen hatte – nun nicht mehr Erwähnung in einem neuen Vertrag finden sollen und eine Umgestaltung des Abstimmungsmodus' im EU-Ministerrat hin zu der so genannten „doppelten Mehrheit“ auf 2014 mit Verlängerungsmöglichkeit sogar bis 2017 verschoben werden soll, so sind doch die Weichen für wichtige Reformen der drei EU-Organe Ministerrat, Parlament und Kommission gestellt. Die Handlungsfähigkeit der Union wird gesichert und die Wahl eines für zweieinhalb Jahre amtierenden hauptamtlichen Ratspräsidenten verleiht „Europa ein Gesicht“.

In dem Mandat für die Regierungskonferenz 2007 konnten auch spezifische Anliegen der deutschen Länder weitgehend erhalten werden. Dazu gehören u.a. die bessere Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten, die Wahrung der nationalen Identität einschließlich der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung und das „Frühwarnsystem" der nationalen Parlamente. Bei dem geplanten Frühwarnsystem konnten sogar Verbesserungen durch die Verlängerung der Frist, innerhalb der die nationalen Parlamente einen Subsidiaritätsverstoß rügen können, von sechs auf acht Wochen und eine stärkere Berücksichtigung durch die EU-Kommission, das EU-Parlament und den EU-Ministerrat im weiteren Gesetzgebungsverfahren erreicht werden.

Die Latte, ein solches Verfahren einzuleiten, wurde zwar etwas höher gehängt, die Konsequenzen bei einer erfolgreichen Intervention sind dafür aber auch weit reichender. Somit werden die nationalen Parlamente im europäischen Gesetzgebungsverfahren eine wesentliche Größe. Für mich als Vorsitzenden des EU-Ausschusses des Bundesrates ist es wichtig, dass so auch die Stimme des Bundesrates als zweite Kammer im deutschen parlamentarischen System in Brüssel noch mehr Gehör finden wird.

Als einzelnes Land ist unsere Stimme im Konzert der europäischen Staaten und Regionen dünn und unsere Landesvertretung in Brüssel genießt nicht den Status einer mitgliedstaatlichen Vertretung. Gute Chancen, unsere Interessen unmittelbar in Brüssel bei den europäischen Einrichtungen voranzubringen, haben wir, wenn wir mit guten Argumenten überzeugen. Ein funktionierendes Netzwerk auf den unterschiedlichsten Ebenen und zu verschiedenen Themen nützt uns dabei. Solche Netzwerke funktionieren aber nicht auf Knopfdruck; um als verlässlicher und kompetenter Partner in Brüssel zu gelten, lohnt es sich, mit Herz und Verstand zu werben.

Kunst und Kultur haben in der Vertretung ihren festen Platz: Minister Stächele bei der Eröffnung der Kunstausstellung von I. K. H. Herzogin Diane von Württemberg (2.v.l.) in Anwesenheit von Prinzessin Astrid (Mitte) als Vertreterin des belgischen Königshauses.

Dazu gehört auch, dass der Rahmen stimmt. Unser Land hat viel zu bieten – wirtschaftlich wie auch in kultureller und landschaftlicher Hinsicht. Wir verfügen über eine hervorragende Forschungsinfrastruktur und haben uns unsere regionalen Eigenarten bewahrt. Diese Kombination ist ein Teil unseres Erfolges in Baden-Württemberg. Das „Haus Baden-Württemberg“ in Brüssel spiegelt dieses Modell in einem Gebäude auf sechs Stockwerken wider. Neben einem modernen, weltoffenen Ambiente im Erdgeschoss rundet die rustikale Schwarzwaldstube, die ein Stück urwüchsiges Baden-Württemberg nach Brüssel bringt, die Präsenz des Landes in Brüssel ab. Diese Kombination aus Tradition und Moderne bietet für jede Gelegenheit einen passenden Rahmen für Gespräche von Vertretern aus Baden-Württemberg und der europäischen Ebene, um für unsere Anliegen zu werben.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 10

Dazu gehört auch, dass wir uns für die deutsche Sprache in Brüssel stark machen. Deutsch ist die mit Abstand meist gesprochene Muttersprache in der EU; diesem Umstand muss auch in Brüssel Rechnung getragen werden. Gerade als Beauftragter der Länder für die deutsche Sprache setze ich mich aktiv dafür ein, dass Deutsch als gleichberechtigte Arbeitssprache zu Englisch und Französisch „europäischer Alltag" in den offiziellen Gremien wie auch „auf den Fluren" der europäischen Einrichtungen wird.

Mit diesen Änderungen eng verbunden sehe ich auch die Entwicklung der Präsenz des Landes in Brüssel, die unsere Interessen unmittelbar bei den europäischen Einrichtungen wirksam vertritt. In 20 Jahren hat sich Baden-Württemberg in Brüssel den Ruf eines verlässlichen und kompetenten Partners erarbeitet. Und Baden-Württemberg spielt auch heute in einer EU der 27 in Brüssel in der „ersten Liga" mit. Die Vertretung des Landes bei der EU ist zur europapolitischen Drehscheibe Baden-Württembergs in Brüssel geworden und damit wichtiger Baustein in dem Konzept zur Steigerung der Europafähigkeit des Landes.

So wie wir die Landesvertretung über die letzten 20 Jahre zu unserem „Brückenkopf in Brüssel" stetig weiterentwickelt haben, gilt es, sich auch künftig rechtzeitig auf neue Entwicklungen einzustellen, um für Kommendes gut gerüstet zu sein. Eine gut funktionierende Landesvertretung in Brüssel nützt unserer Wirtschaft, unserem Land und unseren Bürgern.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 11

Prof. Dr. Rudolf Hrbek

Prof. Dr. Rudolf Hrbek, Institut für Politikwissenschaft und Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, Universität Tübingen

II. Die Vertretung der deutschen Länder bei der EU: ihre Rolle bei der europäischen Politikgestaltung

Es ist kein Zufall, dass die deutschen Länder vor etwa 20 Jahren begonnen haben, sich in Brüssel – der faktischen europäischen „Hauptstadt" – fest zu etablieren. Das Tätigkeitsspektrum der EG hatte sich ausgeweitet und bezog sich mehr und mehr auf Politikfelder und Belange der Länder. Weil indirekte Einflussnahme über die Bundesregierung nach Auffassung der Länder nicht länger genügte, um ihre Interessen angemessen und wirksam zu vertreten, begannen sie mit dem Aufbau direkter Einflusskanäle in Brüssel. Innerhalb kurzer Zeit hatten fast alle Länder „Informationsbüros" eingerichtet. Deren Hauptaufgabe war die eigenständige, also von der Bundesregierung unabhängige Informationsbeschaffung als Voraussetzung dafür, dass sich die Länder zur wirksamen Vertretung ihrer besonderen Interessen in den gemeinschaftlichen Entscheidungsprozess einschalten könnten. Das bedeutete, sie wollten klassisches Lobbying betreiben.

Die Bundesregierung kritisierte dies mit dem Argument, eine solche „Neben-Außenpolitik" der Länder sei unzulässig und mit dem Ziel einer einheitlichen Vertretung nationaler deutscher Interessen unvereinbar. Die Länder wiesen diese Kritik mit dem Hinweis auf ihre Staatlichkeit zurück.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 12

Wenn es um Interessen und Belange der Länder gehe, zumal auf Gebieten exklusiver Länder-Zuständigkeit, müssten sie an Entscheidungen mitwirken. Mit der 1993 erzielten Vereinbarung über Zusammenarbeit von Bundesregierung und Ländern in Angelegenheiten der EU war der Streitpunkt beseitigt, mindestens entschärft.

Dass eigenständige Länder-Aktivitäten in Brüssel nicht zu beanstanden und Ausfluss der Qualität der deutschen Länder als Gliedstaaten sind, kam in der Umbenennung der Länderbüros in „Vertretungen“ der deutschen Länder bei der EU zum Ausdruck; diese Bezeichnung hat sich eingebürgert und wird allseits akzeptiert. Das Aufgabenspektrum der Landesvertretungen hat sich erheblich verbreitert und ist anspruchsvoller geworden.

Erst im zweiten Gebäude am Square Vergote wurde das Landeswappen am Hauseingang des Informationsbüros angebracht. Im Jahr 2001 erfolgte dann die Umbenennung in „Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU“.

An die Stelle der Rolle als bloßer „Horchposten“ des Landes in Brüssel ist das Ziel getreten, die Vertretung eines Landes zu einem möglichst wirksamen Mitspieler im EU-Entscheidungsprozess in der Brüsseler Arena zu machen. Das Aufgabenbündel umfasst:

- Horchposten des Landes und Frühwarnsystem zu sein und dabei diejenigen Informationen auszuwählen (zu „filtern“), die für die Politik des Landes bedeutsam sind und sie an die zuständigen Stellen im Land weiterzuleiten.

- Sprachrohr des Landes gegenüber EU-Institutionen (vor allem Kommission und Europäisches Parlament, aber auch Rats-Sekretariat) zu sein, also Interessen und Anliegen des Landes möglichst frühzeitig einzubringen.

- Das Informationsbedürfnis insbesondere der Kommission zu befriedigen und diese bei der Ausarbeitung von Rechtsetzungsakten, aber auch mit Blick auf die reibungslose Implementierung von Gemeinschaftspolitik zu unterstützen.

- Anlaufstelle für Unternehmen und die verschiedensten Einrichtungen aus dem Land zu sein, die sich an EU-Institutionen wenden wollen. Dazu gehört Hilfestellung bei der Projektbearbeitung (Antragstellung und Durchführung), sofern es sich um Vorhaben der EU oder mit Beteiligung der EU handelt, also die Mitwirkung an der Wirtschaftsförderung des Landes.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 14

International bekannte Forschungseinrichtungen wie das Forschungszentrum Karlsruhe nutzen die Landesvertretung als Plattform, um sich auf europäischer Bühne zu präsentieren. Die Landesvertretung ist Anlaufstelle vieler verschiedener Interessengruppen aus dem Land.

- PR-Aktivitäten zum Nutzen des Landes zu betreiben, also das Land mit seinen Stärken, Leistungen und Besonderheiten zu repräsentieren (als „Schaufenster" des Landes zu fungieren) und Repräsentanten des Landes aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur eine Plattform in Brüssel zu bieten.

- Kontakte und Arbeitsbeziehungen zu verschiedenen Akteuren im EU-Entscheidungssystem aufzubauen und zu pflegen, also aktiver Teil von Netzwerken zu sein, die in Brüssel eine wichtige Rolle spielen.

- Das Geschehen in Brüssel im Land zu vermitteln und Entscheidungsträger im Land für Angelegenheiten der EU zu sensibilisieren, also zwischen den Ebenen von Land und EU zu vermitteln.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 15

Die Landesvertretung ist Schnittstelle zwischen Land und EU. Die Vermittlung europäischer Themen hat in den letzten Jahren stark an Stellenwert gewonnen und die Landesvertretung nimmt bei der Kommunikation komplexer europapolitischer Themen eine wichtige Rolle ein.

➢ Ganz allgemein also: wirksame Lobby-Arbeit zu leisten und zu diesem Zweck den Entscheidungsprozess der EU in allen Stadien – vor allem: möglichst frühzeitig und kontinuierlich – zu begleiten.

Die Landesvertretungen haben diese Aufgaben binnen kurzer Zeit überzeugend und erfolgreich wahrgenommen und werden als „Mitspieler“ in der immer größer gewordenen Brüsseler Arena anerkannt und geschätzt. Ihr Wirken findet nicht zuletzt auch in der wissenschaftlichen Beobachtung und Würdigung von Entscheidungsstrukturen und -prozessen der EU zunehmend Beachtung.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 16

III. Diplomatie mit regionalem Charme – die Vertretung baden-württembergischer Interessen bei der EU

Wilfried Baur

Wilfried Baur leitete das Informationsbüro seit der Gründung 1987 bis 1993. Anschließend wurde er Protokollchef im Europäischen Parlament.

Mit Pioniergeist nach Brüssel

Es war tatsächlich Pioniergeist gefragt, als die deutschen Bundesländer sich nicht mit der Bundesregierung auf die Modalitäten einer Vertretung in Brüssel über den bestehenden Länderbeobachter hinaus einigen konnten und nach dem Treffen mit dem Bundeskanzler spontan den Entschluss fassten: „Dann gehen wir eben selbst nach Brüssel!“

Es war kein vorbereiteter Beschluss, da die Länder auf eine Verhandlungslösung in Form einer gemeinsamen Vertretung mit dem Bund hinarbeiteten, was aber an den dienstrechtlichen Vorstellungen und Mitzeichnungsforderungen des AA scheiterte. Und so stand man am Tag nach der Ministerpräsidentenkonferenz etwas erstaunt vor der eigenen Courage und zugleich fragend zuhause, wie man einen ersten politischen Satelliten ins Ausland schießen sollte.

Schnell zeigte sich, dass man keinen „Vorgang“ hatte, an dem man sich hätte orientieren können. Es waren einfach noch keine Landesbeamten in eigener Mission ins Ausland geschickt worden.

Die existierenden Länderrepräsentanzen waren privatrechtlich konzipiert und organisiert und insofern auch keine Orientierungsmarke. Baden-Württemberg und sein Ministerpräsident aber wollten – natürlich möglichst früh – als Bundesland, als Teilstaat in Brüssel in Erscheinung treten. Die überforderte Verwaltung verzichtete darauf, die bewährten Verfahren des Auswärtigen Dienstes zu übernehmen – aus welchen Gründen auch immer. So wählte man Hilfslösungen – etwa Reisekostenabrechnungen als Ersatz für Auslandszulage – die kompliziert, für alle belastend und Quelle zahlreicher Meinungsverschiedenheiten waren. Grundfragen mussten geklärt werden wie Besteuerungsfragen und deren Grundlagen. Hier waren Initiativen im Bundesrat nötig oder man folgte dann doch der Praxis des Bundes mit ins Ausland entsandten Beamten.

Bei der Ankunft in Brüssel – das wurde den Pionieren ohne begleitende Verwaltung als ureigene Zuständigkeit vor Ort überlassen (!) – musste die Installation von Telefon, Strom, Gas selbständig irgendwie gelöst werden, wobei wohl zum ersten Mal baden-württembergische Beamte für Staatseinrichtungen persönlich und privat haften mussten. Ein Land Baden-Württemberg war in Brüssel – noch – unbekannt. Eine schwer verdauliche Einsicht für Stuttgart. Im Fall der Bundesrepublik wäre das anders gewesen.

Unkonventionelle Wege fielen den Pionieren ein: über den belgischen Freund eines Stuttgarter Journalisten, ersterer war gerade in Mission für seine Firma in Saudi-Arabien, wurde innerhalb von 24 Stunden ein Faxgerät beschafft, das wir dem deutschen TV-Sender im gleichen Haus zur Mitbenutzung überließen, und er uns dafür das Telefon benutzen ließ, weil unser eigener Anschluss erst zwei oder drei Tage später erfolgte. Tauschhandel wie eh und je, ohne Quittungen und Belege.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 18

Aber das waren schon zweite und dritte Klippen, wenn man daran denkt, wie der erste Tag in Brüssel, der 7. Januar 1987, verlaufen sollte. Medien brauchen Worte und Bilder. Die letzteren fehlten: man verfügte zwar über 200 m² Bürofläche mit drei Stühlen und drei Tischen, die aber bestimmt nicht an Büromöbel erinnerten. Ansonsten vermisste man alles, was man sonst in einem arbeitsfähigen Office erwartet: Stühle, Tische, Schränke, Bilder, Telefone, Sitzecken, Pflanzen, Flaggen, Maschinen, PCs. Gesprächs- und interviewmäßig war alles vorbereitet. Aber der Angstschweiss bricht mir noch heute aus, wenn ich mir, als optische Unterlegung der Beschreibung unserer Mission, den Kameraschwenk durch leere, weiße Räume vorstelle. Wort und Bild hätten keinen größeren Kontrast bilden können! Und diese Mission war eh' schon heikel und diffizil: sie fand nicht nur in terra incognita statt, diese war auch noch in mehrfacher Hinsicht vermint. Neben der Bundesregierung in Bonn war auch die Brüsseler Ständige Vertretung „not amused", die Bundesländer nun offiziell, mit Landeswappen und anderen staatlichen Symbolen, an der europäischen Front aufziehen zu sehen.

Das Informationsbüro war zunächst in der Rue de la Loi 223 (Gebäude rechts im Bild) untergebracht, in unmittelbarer Nähe zum Hauptsitz der EU-Kommission.

Die lang diskutierte Bezeichnung „Informationsbüro des Landes Baden-Württemberg" konnte nicht jedermann beruhigen.

Und ein bisschen Staat sollte sein: Wir benutzten bewusst das Landeswappen auf Dienstpost und Visitenkarten, nicht jedoch auf der Hausplakette am Bürohauseingang. „Nebenaußenpolitik" wollten wir nun wirklich nicht betreiben. Interessenvertretung und Einflussnahme – auf den dafür vorgesehenen Wegen/Kanälen, aber jetzt zeitlich besser getimed und inhaltlich besser fundiert – auf EG-Richtlinien war ja auch Politik, im EG-Gefüge als „Innenpolitik" darstellbar.

Andere Minen: Die europäischen Institutionen wurden rasch aufgeklärt über die deutschen Bundesländer und zwar von deutschen Juristen, die ihren nichtdeutschen Kollegen – vergröbernd gesagt – klarmachten, dass Bundesländer nach dem internationalen Recht nicht existierten und deshalb ihre Vertretungen wie private Lobbyisteneinrichtungen zu betrachten seien. Welch ein Gefühl, wenn man von baden-württembergischen Landsleuten so etwas attestiert bekommt, oder gar hören muss „Ihr seid rechtlich hier gar nicht existent", wo man doch als Vertreter eines international angesehenen Bundeslandes aufgebrochen war.

Aber es gab Personen wie den Vizepräsidenten der EG-Kommission, Karl-Heinz Narjes, in Brüssel, die die Situation am 7. Januar 1987 sofort politisch erfassten. Er erkannte nicht nur Vorteile für die Bundesländer, auch im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten, sondern auch für die EG-Institutionen, speziell für die Kommission, deren Richtlinien/Verordnungen und die Begründungen auf diese Weise mehr und besser in die Fläche der Gemeinschaft gelangten. Und im Gefolge dieser Spitzenpolitiker orientierten sich mehr und mehr Beamte. Ministerpräsident Späth fand sich mit Narjes und dem Ständigen Vertreter Ungerer im März 1987 in der Feststellung, die die Existenz des Brüsseler Büros am besten untermauerte, nämlich dass die Bundesregierung in EG-Angelegenheiten entscheiden können müsse, aber im Vorfeld die Länder voll beteiligt sein sollten.

Den Pionieren war die verworrene und damals stark in Diskussion und Bewegung gekommene Rechtslage (s. Klaus Wertel in: Klatt, Hartmut (Hg.): Baden-Württemberg und der Bund. Stuttgart 1989, S. 254ff., Schwarze Reihe der Landeszentrale für politische Bildung) theoretisch bewusst, aber in der Praxis verloren sich Ungeklärtheiten und Fragen. Sie wurden indes schmerzhaft und konkret erfahren, wenn z.B. ein Zugangsausweis zu Gebäuden und Veranstaltungen vorenthalten wurde u.ä.m. Dieser fehlenden Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde manchmal mit List, meistens mit Beziehungen und immer mit Solidarisierung zwischen den Pionieren begegnet. Und es entstand eine Praxis des sehr persönlichen Durchhangelns: Man kannte einen Journalisten oder einen Industrievertreter, der verwies auf einen Beamten aus der Botschaft, und von dort gelangte man an einen Beamten aus der Kommission oder einer anderen europäischen Institution. Man traf sich, damals noch oft zu Mittagessen – die ersten Wochen geschätzt, dann nicht mehr als Vergnügen erlebt – und verfolgte Informationsfährten wie ein Schweisshund. Man begegnete sich jeden Abend auf einem oder mehreren „Empfängen", unseren unerlässlichen Kommunikationsbörsen. So setzten wir um, was Beobachter „näher an der Politik in Brüssel sein" nannten. Manche journalistischen Begleiter meinten anlässlich der Eröffnung des Informationsbüros, dass „Streit mit der Ständigen Vertretung in der Luft liege" und „stürmische Zeiten angesagt" seien. In Wirklichkeit ist es uns – trotz aller unkonventionellen Vorgehensweisen – gelungen, mit der StäV und ihren Kollegen, allen voran Botschafter Ungerer, ein sehr kooperatives Klima zu schaffen, an dessen Zustandekommen Baden-Württemberg großen Anteil hatte. Das ging so weit, dass Bund und Länder das Fest zur Deutschen Präsidentschaft 1988 in Brüssel gemeinsam ausrichteten.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 21

Außenminister Genscher soll entsetzt gewesen sein, als ihm Ablauf und Präsentationselemente vorgelegt wurden. Er befürchtete, dass die Veranstaltung zu einem Fest der deutschen Länder würde. Das Musikkorps der Bundeswehr musste in letzter Minute die nationale Flanke abdecken. Ob's jemand bemerkt hat?

Einweihung des neuen Informationsbüros:(v. l. n. r.) der damalige Ministerpräsident Lothar Späth, Wilfried Baur, der damalige EU-Haushaltskommissar Peter Schmidhuber.

Pioniersein war kein Zuckerschlecken. Aber es war für Landesbeamte faszinierend und spannend, sich auf unbekanntem Terrain zu bewegen und dort hochinteressanten Menschen aus verschiedenen Kulturen zu begegnen. Es gab keine Hierarchie – jeder machte alles, vom Hausmeister bis zum Chef – und jeder erlebte auch alles direkt, unabhängig vom Rang. Und so bekamen die Pioniere die Chance, Zeugen zu werden, wie die größte politische Gemeinschaft der Erde friedlich entsteht.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 22

Wolfgang Dietz

Wolfgang Dietz übernahm die Leitung des Informationsbüros im Jahr 1993. Seit 2000 ist er Oberbürgermeister in Weil am Rhein.

Fuß fassen – das Informationsbüro von 1993 bis 2000

Die Gründung des damaligen „Informationsbüros des Landes Baden-Württemberg“ zum 1. Januar 1987 war eine Pioniertat – für die beteiligten Personen und für die staatlichen und europäischen Institutionen. Neuland war zu betreten, denn weder in der Landesverwaltung noch in den durch die Aktivitäten berührten Verwaltungen der Europäischen Union und des Bundes gab es Vorbilder. In den ersten Jahren ging es darum, den Namen Baden-Württemberg in Brüssel bekannt zu machen. So wie für viele Baden-Württemberger Belgien ein unbekannter Nachbar ist, so war für viele europäische Bedienstete das Land zwischen Mannheim und Bodensee – es sei denn sie waren Landsleute – eine nur grob bekannte Größe. Schnell wurde der eingeführte Landsleuteabend zu einer ersten Kommunikationsbörse.

Ziel war es aber, über die landsmannschaftlichen Kontakte hinaus in die Institutionen der EU zu wirken. Dafür wurden die räumlichen und logistischen Voraussetzungen geschaffen, als das Büro seinen Sitz an den Square Vergote verlegte, in ein Jugendstilhaus, das liebevoll renoviert worden war. Mit dem Ziel, den Dialog mit den europäischen Entscheidungsträgern in Gang zu setzen, wurde zunächst eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Forum der Regionen“ ins Leben gerufen. Baden-Württemberg war auch hier Pionier unter den deutschen Bundesländern. Die anfängliche Skepsis bei den Vertretern des Bundes und der Europäischen Kommission wich um so mehr, je inhaltlicher die Arbeit des Büros wurde. Vorträge und

Diskussionen mit unter anderem diversen Kommissaren, dem Präsident des Europäischen Parlaments, dem Präsident des Ausschusses der Regionen, dem Präsident des Rechnungshofes oder dem Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof verschafften der Vertretung des Landes eine Reputation als Ort des guten politischen Diskurses. Dabei habe ich immer Wert darauf gelegt, eng mit den Büros anderer Regionen zusammen zu arbeiten. So gab es beispielsweise gemeinsame Veranstaltungen mit den Büros der Vier-Motoren-Regionen und regelmäßige Treffen ihrer Büroleiter, um sich auszutauschen. Einer der emotionalen Höhepunkte, der mir besonders in Erinnerung geblieben ist, war eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Büro des Elsass, bei der Pierre Pflimlin gesprochen hat. Seine Vitalität und seine Begeisterung für das Thema Europa waren beeindruckend, obwohl er altersbedingt bereits körperlich eingeschränkt war. Seine Rückfrage an einen Besucher, der ihn nach einem Rezept gegen die Europamüdigkeit fragte, hat sich bei mir tief eingegraben: „Was haben Sie heute dagegen getan?“

Der frühere Präsident des Europäischen Parlamentes Pierre Pflimlin, der für viele zu den Gründervätern der Europäischen Union zählt, und Wolfgang Dietz.

Mit der Fragestellung „Auf dem Weg zu einem europäischen Zivilgesetzbuch?“ war das Büro sogar der damaligen Diskussionslage in Deutschland und seinen Nachbarstaaten weit voraus. Aber auch das Ende des Kalten Krieges spiegelte sich in den Aktivitäten des Büros wieder. „Ungarn auf dem Weg nach Europa“ war ein viel beachteter Vortrags- und Diskussionsabend, noch vor der förmlichen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen und noch weit entfernt von jener Erweiterungsrunde, die zu der heute gültigen Konstellation unter Einschluss der osteuropäischen Staaten geführt hat. Nur zu gut ist mir ein Vortrag des damaligen finnischen Botschafters in Erinnerung, der beim Center for European Studies (CEPS) über die Stellung seines Landes zur EU referierte und bei jedem zweiten Satz sich geradezu versichernd zum stellvertretenden Botschafter der Sowjetunion herüberblickte. Welch ein Fortschritt ist das Europa unserer Tage, bei allen Rückschlägen und Hürden.

„Chancen der Forschung“ benannten wir einige Zeit später eine weitere Vortragsreihe, die Gelegenheit bot, den Spitzenplatz des Landes in Industrie und Hochschulen eindrücklich zu dokumentieren. In bester Erinnerung ist mir dabei der „Abend der Astronauten“.

In die Zeit meiner Brüsseler Tätigkeit fielen unter anderem die Erweiterung um Finnland, Schweden und Österreich, die Vorbereitung mit dem Weißbuch und schließlich die Umsetzung des Binnenmarktes, die intensiven Vorarbeiten in Kommission und Parlament für die Einführung der Gemeinschaftswährung, die McSharry-Agrarreform, die Verhandlungen um den Europäischen Wirtschaftsraum und das ablehnende Schweizer Votum, wozu der Schweizer Botschafter im Büro Baden-Württemberg kurz danach Stellung nahm. In der Folge gab es viele Kontakte zwischen der Landesvertretung und der Mission der Schweiz.

Dort suchte man erkennbar nach Verbündeten, die eine für die Eidgenossenschaft günstige, vergleichbare Interessenslage hatten. Baden-Württemberg als Nachbarland, eng mit der

Exportwirtschaft der Schweiz verbunden und über viele Kapitalbeteiligungen mit unserer Wirtschaft verknüpft, bot sich geradezu an. Das galt vor allem während der späteren Verhandlungen über die bilateralen Verträge.

Mit dem Maastrichter Vertrag kam schließlich eine auch rechtlich relevante Anerkennung der europäischen Regionen. Die Einrichtung des Ausschusses der Regionen war die konsequente Fortsetzung des Bestrebens der Kommunen und Regionen, in europäischen Angelegenheiten ihre Sicht der Dinge hörbar zu machen. Es hatte etwas Faszinierendes, eine europäische Institution entstehen und wachsen zu sehen. Unter den vielen, durchweg schwierigen Fällen, die die Landesverwaltung und die Landesregierung mit der Europäischen Kommission in Berührung brachten, waren vor allem die beihilferechtlichen Fragen von besonderem Gewicht. Daimler Benz-Ansiedlung in Rastatt, der Fall Kässbohrer, der Wasserpfennig, die Förderung des Ländlichen Raums via ELR, das MEKA-Programm seien nur als Stichworte notiert, banden aber zum Teil für Monate viel Energie für ein Büro, das in seinen Anfangsjahren aus nur zwei, dann lange Zeit aus vier Beamten bestand, die gleichzeitig auch noch die Aufgabe einer Verwaltung einer (diplomatisch so nicht korrekt, aber tatsächlich so agierenden) Dienststelle im Ausland übernehmen mussten. Ohne die Arbeit der übrigen Mitarbeiter, die zu meiner Zeit in der Brüsseler Vertretung tätig waren, zurückzusetzen, möchte ich das unermüdliche Engagement unseres ersten Hausmeisters Roland Empain nennen. Er war die „Seele“ des Büros.

Er war für viele, die später neu nach Brüssel kamen, auch ein Zugang zum Gastland Belgien, wenn man sich denn nur die Mühe machte, mit ihm das Gespräch zu führen. Er fertigte beispielsweise das erste Rednerpult der Landesvertretung aus Holz mit einem von ihm wunderbar geschnitzten großen Landeswappen.

Wer einmal im Ausland gearbeitet hat weiß, dass die Landsmänner und -frauen enger zusammen rücken als in der Heimat. Es war in der kleinen Küche der Landesvertretung am Square Vergote, deutlich nach der Mitternachtsstunde, wo – kurz nach der Wiedervereinigung – der 1. FC Dynamo Subsi gegründet wurde. Ein Fußballclub für Mitarbeiter der deutschen Länderbüros. Dynamo war die Konzession an die neuen Kollegen aus den fünf neuen Ländern, während Subsi für den auf europäischer Ebene gerade in Mode gekommenen Begriff Subsidiarität stand, dessen Länge sich aber für einen Schlachtruf nach Überzeugung aller Beteiligten nur begrenzt eignete!

Welcher Wandel sich zwischen dem Jahr 1987, als ich am 1. Januar in absolut leeren Räumen, auf einem Koffer sitzend die fehlenden Ausstattungsutensilien notierte und dem Monat meines Brüsseler Abschieds im Mai 2000 vollzogen hat, kann man übrigens am Landeswappen illustrieren.

Kurz nach Einzug in das erste Domizil am Rond Point Schuman rief bei mir ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes an und wollte wissen, ob das Informationsbüro ein Wappen führe. Um zu vermeiden, dass uns dieses als Ausdruck hoheitlicher Tätigkeit – und damit nach damaliger Lesart des AA als Verstoß gegen den Alleinvertretungsanspruch des Bundes in Auswärtigen Angelegenheiten interpretiert werden könnte – wurde die Frage selbstverständlich verneint.

Der Gedanke ließ mich indes nicht ruhen. In der damaligen Bonner Landesvertretung fand sich ein gewebter Wandteppich, der die Insignien des Landes zeigte. Ihn hängten wir ins Büro und verwiesen bei Nachfragen darauf, es handle sich um ein Kunstwerk und mithin um eine ausschließlich in der Kompetenz des Landes liegende Angelegenheit. Glücklicherweise haben sich in den Folgejahren die Beziehungen zur Bundesebene entspannt!

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 27

Richard Arnold

Richard Arnold ist seit 2000 Leiter der Landesvertretung. In seine Zeit fallen die Umstrukturierung und der Umzug in die neue Landesvertretung.

In drei Schritten zur „Botschaft“ des Landes

Als ich im Jahr 2000 nach Brüssel geschickt wurde, bekam ich drei Aufgaben mit auf den Weg: 1. Die baden-württembergische Repräsentanz auszubauen, 2. Die Präsenz vor Ort zu stärken und im Europaviertel Flagge zu zeigen und 3. Die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Vertretung des Landes in das Staatsministerium integriert werden konnte.

Nun, nach sieben Jahren, kann eine weitgehend positive Bilanz gezogen werden. Allerdings muss man auch sagen, dass der Erfolg der letzten sieben Jahre aufbaut auf der Arbeit, Kreativität und Weitsicht der vorhergehenden beiden Leiter Wilfried Baur und Wolfgang Dietz, die mit ihren Mannschaften jeweils wichtige Weichen gestellt haben.

Schon bei meiner Ankunft in Brüssel im Jahr 2000 hat sich abgezeichnet, dass mit der damals bevorstehenden größten Erweiterungsrunde, die es jemals in der Geschichte der Europäischen Einigung gegeben hat, auch die Gesamtstrategie baden-württembergischen Wirkens in Brüssel neu ausgerichtet werden musste. Als erster Schritt sollte die fachliche Ebene gestärkt werden.

Damit die baden-württembergischen Ministerien gezielt informiert werden konnten, war es notwendig, dass die einzelnen Ressorts eigene Referenten in die Landesvertretung nach Brüssel entsandten, damit die ganze Palette der Themen, die für uns im Lande wichtig sind, abgedeckt werden kann.

Die Integration der Landesvertretung als funktionsfähiges Glied in das Staatsministerium war ein anderer wichtiger Schritt, um die Europafähigkeit des Landes weiter zu stärken. Dieser Schritt wurde schon dadurch notwendig, dass die Landesvertretung beim Bund weg von Bonn – und damit von der Nähe Brüssels – nach Berlin umzog. Da leuchtete nicht mehr ein, warum eine Vertretung in Brüssel als „Anhängsel" der Vertretung in Berlin geführt wurde, zumal es von Brüssel nach Berlin weiter ist als nach Stuttgart und damit die Berichtswege immer länger und damit umständlicher wurden.

Die schöne Gründerzeitvilla, in der die Vertretung schon Anfang der Neunziger Jahre untergebracht wurde und in der einst der Friedensnobelpreisträger Henri Lafontaine gelebt und gewirkt hatte, erwies sich bald als zu klein. Mehr und mehr war zudem auch zu spüren, dass sich unser Quartier „außer Hörweite" der Brüsseler EU-Institutionen befand. Die zeitweise jenseits des großen Boulevards Whitlock angemietete „Dependance" der Vertretung war nicht mehr als eine Notlösung und erschwerte die tägliche Arbeit. Bereits die Suche nach einer neuen Liegenschaft gab einen Vorgeschmack auf den zunehmenden Wettbewerb, den die EU-Erweiterung 2004 mit sich bringen sollte.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 29

Die Nationalstaaten, die der EU bald angehören sollten, wollten sich verständlicherweise ebenfalls entsprechend im Europaviertel positionieren und von kurzen Wegen profitieren. Bei der Suche nach geeigneten Objekten mussten wir damit rechnen, von künftigen Mitgliedstaaten ausgestochen zu werden.

In wenigen Monaten ist der „Treffpunkt Europa“ im Galeriebereich entstanden.

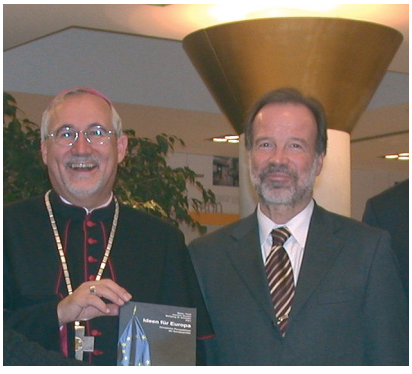
Mit dem Gebäude in der Rue Belliard im Herzen des Europaviertels haben wir schließlich einen hervorragenden Standort gefunden. Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, der Ausschuss der Regionen und der EU-Ministerrat befinden sich in fußläufiger Nähe. Beim Umbau des Hauses ist es gelungen, praktischen Nutzen und ansprechendes Ambiente geschickt miteinander zu verbinden.

„Typisch baden-württembergisch“, sagen viele Brüsseler, die in das Haus kommen, „man sieht dem Gebäude von außen zunächst nicht an, was Tolles drin steckt.“ Von außen bescheiden, aber von innen überzeugend. Der Veranstaltungsbereich im Erdgeschoss ist das Zentrum des „Hauses Baden-Württemberg“.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 30

Dieser Bereich wird von einem lichtdurchfluteten Innenhof geprägt, um den gewissermaßen wie in einem Kreuzgang eines mittelalterlichen Klosters die Veranstaltungsräume angeordnet sind. In solch harmonischer Umgebung fühlt man sich geborgen.

Auch die Kirchen haben ein Anliegen in Brüssel: Richard Arnold mit dem EKD-Ratsvorsitzenden Bischof Huber (links) bei einer Veranstaltung der Konferenz Europäischer Kirchen zu „Europäischer Identität, Religion und Werten“



Bischof Dr. Gebhard Fürst mit dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Prof. Norbert Walter

Mit der Vermietung eines Stockwerks an große baden-württembergische Unternehmen sind die Vernetzung und der Austausch mit der heimischen Wirtschaft stets präsent und machen aus der Landesvertretung ein repräsentatives „Haus Baden-Württemberg in Brüssel“.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 31

Die Landesvertretung als Drehscheibe Baden-Württembergs auf europäischer Bühne für Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Forschung und Kultur: Ministerpräsident Oettinger und Professor Würth.

Und noch etwas hat das Haus, was andere nicht haben: ein Stockwerk mit Übernachtungszimmern, die ein bodenständiger Schreiner aus dem Schwarzwald eingerichtet hat und die die Landesvertretung mit Überzeugung bewirtschaftet wie eine Jugendherberge. Dazu gehört, dass jeder Übernachtungsgast sein Bett selbst abziehen muss.

Auf diese Weise hat die Landesvertretung Baden-Württemberg zu einem Stil gefunden, der in Brüssel geschätzt, mit dem Land Baden-Württemberg verbunden wird und der in Anlehnung an die Musik in dem immer größer werdenden Brüsseler Europakonzert für einen ganz eigenen harmonischen Dreiklang steht: Kompetenz, Qualität und Charme.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 32

IV. Europa hautnah erlebt – Momentaufnahmen baden-württembergischen Wirkens in Brüssel

Ministerin a. D. Annemarie Griesinger

Annemarie Griesinger, Ministerin a. D., Bevollmächtigte des Landes für europäische Angelegenheiten von 1980 bis 1984

Das Land Baden-Württemberg hat die Zeichen der Zeit erkannt und rechtzeitig seine Landesvertretung neben Bonn auch in Brüssel errichtet. Ich erinnere mich noch gut an die vielen Gespräche während meiner Zeit als Europabeauftragte der Landesregierung von Baden-Württemberg, bei denen es darum ging, dass auch die Bundesländer in Brüssel vertreten sein müssten.

So haben wir nach meinem Amtsantritt 1980 die europäischen Informations-Veranstaltungen in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Bonn eingeführt. Die drei Ebenen Stuttgart – Bonn – Brüssel waren durch die Parlamentarier, durch die Fachleute der Ministerien und die Vertreter aus den jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen kompetent repräsentiert. Wir wählten gemeinsam ein Schwerpunktthema aus, das zweieinhalb Stunden diszipliniert beraten wurde, und danach kam dann beim Abendessen das persönliche Gespräch, das immer besonders wertvoll war.

Wie oft habe ich es erlebt, dass die Vertreter aus Brüssel einstige Studienkollegen aus Bonn oder Stuttgart trafen und außer dem notwendigen dienstlichen Schriftverkehr plötzlich persönliche Kontakte entstanden, die auch die dienstliche Arbeit erleichtert haben.

Hierher passt das Wort von Martin Buber, der so treffend sagte: „Alles wirkliche Leben ist Begegnung." Die Richtigkeit dieses Wortes haben wir besonders bei diesen europäischen Informationsveranstaltungen dankbar empfunden.

Dazu kamen die europäischen Veranstaltungen im künstlerischen Bereich, die immer großen Anklang gefunden haben bei Jung und Alt in den schönen Räumen der Landesvertretung. Die Vorbereitungsarbeiten haben sich immer gelohnt.

Von Seiten der Europa-Union konnten wir die Schulen im Land aktivieren, den Schülerwettbewerb mit Leben zu erfüllen. Immer mehr Landkreise gingen dazu über, die Schülerinnen und Schüler und auch die Lehrkräfte, die sich am Wettbewerb beteiligt haben, zu ehren. Die Preisverleihung findet auch noch heute in vielen Landkreisen in festlichem Rahmen statt. Hier wird in der jungen Generation der Begriff „EUROPA" lebendig gemacht. Dasselbe gilt auch für die Schülerzeitungen, die sich immer wieder europäische Themen vornehmen, was auch von der Landesregierung große Anerkennung findet.

Eine besondere Freude ist es für mich, dass seit 20 Jahren unser Land Baden-Württemberg auch in Brüssel offiziell vertreten ist und dass dort eine sehr gute und wichtige Arbeit geleistet wird. Deshalb kann ich aus vollem Herzen „Danke" sagen und Ihnen meine besten Wünsche übermitteln für eine weiterhin erfolgreiche Arbeit für die Zukunft Europas und unseres Landes Baden-Württemberg.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 34

Minister a. D. Dr. Heinz Eyrich

Dr. Heinz Eyrich, Minister a. D., war von 1984 bis 1992 Bevollmächtigter des Landes für europäische Angelegenheiten

Ein geeintes Europa – die Gemeinschaft europäischer Staaten in Frieden und Freiheit. Das war es, was viele Frauen und Männer meiner Generation, die die Schrecken des Zweiten Weltkriegs erfahren mussten, dann aber auch die Entstehung der deutsch-französischen Freundschaft miterleben durften, mit Hoffnung erfüllte. Daraus erwuchs für uns eine konkrete und persönliche Verantwortung zum Handeln.

Lange bevor ich mich im Regierungsamt für Fortschritte auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa engagiert habe, wusste ich um die Chancen und Möglichkeiten freundschaftlicher Zusammenarbeit über die Grenzen Deutschlands hinweg, wie wir sie am Oberrhein und am Hochrhein mit den Nachbarn in der Schweiz und im Elsaß schon früh pflegten. Diese exzellenten Kontakte haben mir später immer wieder geholfen, viele Impulse sind daraus hervorgegangen.

Als Ziel der Landespolitik sollte sich Europa zu einem Europa der Regionen und zum Europa der Bürger entwickeln. Eine wichtige Aufgabe lag darin, die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen. Dies sollte auch einer Stärkung des Europäischen Parlaments gegenüber den anderen Organen der Europäischen Gemeinschaft bewirken.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 35

(v.l.n.r.) Minister Dr. Heinz Eyrich, der damalige Ministerpräsident Lothar Späth und Wilfried Baur vor dem Informationsbüro

Der Europabeauftragte der Landesregierung machte Europa den Menschen transparent und gab ihnen Informationen und Argumente an die Hand, um sie für die große Aufgabe Europa zu gewinnen. Wir machten aber auch in Brüssel auf die Sorgen und Nöte in den Regionen aufmerksam. Ich erinnere mich noch gut an den Besuch des EG-Kommissionsmitglieds Clinton Davis im Schwarzwald, mit dem ich Probleme der Umweltpolitik erörterte und dem ich bei einer Waldbegehung das Ausmaß des Waldsterbens darstellen konnte.

In den acht Jahren, in denen ich die baden-württembergische Europapolitik mitgestaltet habe (1984-1992), war eine außerordentliche Dynamik in der europäischen Entwicklung zu verzeichnen. 1985 vereinbarten mehrere europäische Staaten mit dem „Schengener Abkommen", auf Kontrollen des Personenverkehrs an ihren gemeinsamen Grenzen zu verzichten.

Mit dem Beitritt von Portugal und Spanien entstand 1986 die „Gemeinschaft der 12“. Die im gleichen Jahr unterzeichnete „Einheitliche Europäische Akte“ definierte erstmals den „Binnenmarkt“ und ersetzte den früheren Begriff des Gemeinsamen Marktes. Mit der Verhandlung und Unterzeichnung von „Maastricht“ 1991/1992 wurde durch den Vertrag über die Europäische Union eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas erreicht.

Den Diskussions- und Einigungsprozess in den Regierungskonferenzen haben über den Bundesrat auch die deutschen Länder intensiv begleitet. Der Europaausschuss des Bundesrates, dessen Vorsitz ich inne hatte, wurde immer stärker befasst. 1988 wurde im Bundesrat eine EG-Kammer geschaffen. Damit sollte der Bundesrat den neu hinzugekommenen Aufgaben im Rahmen des innerstaatlichen Willensbildungsprozesses zu EG-Vorhaben gerecht werden.

Eine der außergewöhnlichsten europapolitischen Entscheidungen der Landesregierung wurde in meiner Amtszeit getroffen: Baden-Württemberg eröffnete 1987 als eines der ersten Länder ein Informationsbüro in Brüssel. Die Bundesregierung stand dieser Entwicklung äußerst skeptisch gegenüber und wollte verhindern, dass sich die Länder „außenpolitisch“ betätigten. Wir machten deutlich, dass es ein berechtigtes Anliegen der Länder sei, sich über sich abzeichnende Entscheidungen in Brüssel frühzeitig zu informieren. Die über das Büro gewonnenen Erkenntnisse konnten in den Entscheidungsprozess der Landesregierung einfließen und machten es möglich, zusammen mit den anderen Ländern über den Bundesrat bei der Meinungsbildung der Bundesregierung in europäischen Angelegenheiten verstärkt mitzuwirken. Aus dieser Zielsetzung wurde dann auch deutlich, dass die Bestrebungen der Länder nicht auf eine „Nebenaußenpolitik“ gerichtet waren.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 37

Bei der Eröffnung des Büros war an eine Bezeichnung als „Vertretungen der Länder“ noch nicht zu denken. Wer hätte denn damals daran gedacht, dass schon wenige Jahre später (1990) der Umzug von der Büroetage in der Rue de la Loi in das Brüsseler Stadthaus am Square Vergote anstehen sollte? Die Arbeit des Büros fand bei den Fachressorts derart positive Resonanz, dass es notwendig wurde, eine bessere Vertretung baden-württembergischer Interessen in Brüssel zu ermöglichen. Heute kann man sagen, dass sich die Länderbüros in Brüssel durchgesetzt haben. Zu Reibungsverlusten zwischen Bund und Ländern kommt es dadurch nicht. Die Bestrebungen nach direkter Information aus Brüssel wurden letztlich durch Art. 23 GG, den „Artikel der europäischen Einigung“, manifestiert. Dadurch kommt zum Ausdruck, welche Bedeutung unsere Verfassung den Beteiligungsrechten der Länder einräumt.

Viele Hoffnungen meiner Generation haben sich erfüllt. Eine Europäische Union mit 27 Mitgliedstaaten lag damals, bis zum Fall des Eisernen Vorhangs außerhalb des realistischen Vorstellungsvermögens. Wie damals bleibt es auch heute besonders wichtig, die Bürgerinnen und Bürger immer wieder vom Weg nach Europa zu überzeugen.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 38

Minister a. D. Dr. Erwin Vetter

Dr. Erwin Vetter, Minister a. D., Bevollmächtigter des Landes für europäische Angelegenheiten von 1992 bis 1996

Vor 20 Jahren…

war große Reform- und Aufbruchzeit in Baden-Württemberg. Ministerpräsident Lothar Späth und seine Regierung gaben das Leitbild vor: ein High-Tech-Land; Speerspitze der Innovation und des Fortschritts, enge Zusammenarbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Politik; Aufbruch des Teil-Staats Baden-Württemberg wie Kalifornien, Kanagawa oder Ontario; eigene Initiativen, die über das eigene Territorium und das des Gesamtstaats hinaus gehen; Außenhandelsimpulse und Technologieentwicklung; in Europa präsent sein; eine eigenständige internationale Stellung im Wettbewerb der europäischen Regionen und der hoch entwickelten Länder; Orientierung der Führungsstrukturen der Landesverwaltung an diesen Zielen und Heranbildung einer Führungselite, die auf internationalem Parkett eingesetzt werden kann.

Als ich ebenfalls vor 20 Jahren in die Landesregierung eintrat, war ich begeistert von dieser dynamischen Konstellation. Es folgten eine ganze Reihe von Konkretisierungen, so die Kette von Verwaltungsreformen, die Gründung des Umweltministeriums, das Gutachten „Neue Führungsstruktur“, die Zusammenarbeit mit den führenden Regionen in Europa („Vier Motoren“) und nicht zuletzt die Einrichtung einer Vertretung in Brüssel.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 39

Dabei war uns schnell klar geworden, dass in Brüssel ganz andere Arbeitsstile und eine andere Verwaltungsmentalität notwendig waren als in der traditionellen Verwaltung.

Wenn man frühzeitig unterrichten, auf die Willensbildung in der EU Einfluss nehmen oder wirksam Hilfe leisten will, dann darf man nicht warten, bis der Vorgang herangetragen wird, sondern muss sondieren, wo was läuft, muss Kontakte finden, muss Partner für Abstimmungen gewinnen, muss mit Diplomatie, Raffinesse und strategischem Können arbeiten. Gleich wichtig wie die offiziellen Kontakte sind informelle Treffen. Wir Deutsche mussten lernen, dass in Europa oft die wichtigsten Entscheidungen beim Nachtisch getroffen werden…

Weil wir dies alles mit baden-württembergischer Perfektion gelernt haben, sind wir eben nicht nur präsent, sondern wirksam. Meine Bilanz ist daher eindeutig geprägt vom Stolz auf und der Dankbarkeit an das sorgsam ausgesuchte Personal der Landesvertretung, das in den 20 Jahren wertvollste Arbeit für unser Land und für Europa geleistet hat.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 40

Staatssekretär a. D. Dr. h.c. Gustav Wabro

Dr. h.c. Gustav Wabro, Staatssekretär a. D., Bevollmächtigter des Landes für europäische Angelegenheiten von 1996 bis 1998

„Bausteine Baden-Württembergs für das europäische Haus“

Meine Tätigkeit für Baden-Württemberg in Brüssel fiel in eine Zeit, in der sich die Länder der Bundesrepublik Deutschland anschickten, auf europäischer Ebene stärker präsent zu werden. Sie wollten am Informationsfluss in Brüssel unmittelbar beteiligt werden und nicht erst im Gesetzgebungsverfahren über den Deutschen Bundesrat. Als Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund war ich damals Mitglied im Ständigen Beirat des Bundesrates, dem alle Bevollmächtigten der Länder angehören. Er wirkt unter anderem bei der Aufrechterhaltung der laufenden Verbindung zwischen Bundesrat und Bundesregierung mit. Mir fiel mit weiteren Mitgliedern des Ständigen Beirats die Aufgabe zu, mit der Bundesregierung Gespräche mit dem Ziel zu führen, Vertreter der Länder in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union als Beobachter aufzunehmen.

Die Bundesregierung sah sich nicht in der Lage, den Wünschen der Länder zu entsprechen. Da aber die Regelungen auf europäischer Ebene immer stärker auch die Länder berührten, suchten diese nach anderen Wegen, um möglichst frühzeitig in das Entstehen europäischer Vorschriften einbezogen zu werden. Die Länder begannen deshalb, in Brüssel Informationsbüros zu eröffnen.

Baden-Württemberg gehörte sehr bald dazu. Eine kleine, aber sehr engagierte und sachkundige Mannschaft leistet für die Landesregierung überaus wertvolle Informationsarbeit. Das Büro versteht sich von Anfang an aber auch als Informationsbasis für den Landtag und seine Mitglieder. Von dieser Möglichkeit wurde intensiv Gebrauch gemacht.

Nach der Öffnung der Grenzen nach Mittel- und Osteuropa sah die Landesregierung von Baden-Württemberg eine Chance, die traditionell guten Beziehungen zu diesen Ländern zu vertiefen. Dies galt vor allem für die Kontakte zu den Donauländern und unter ihnen vor allem zu Ungarn. Baden-Württemberg vereinbarte deshalb 1991 mit Ungarn eine Gemischte Kommission, die in der Folgezeit ein enges und breit gefächertes Beziehungsgeflecht aufgebaut hat, in dem eine Fülle von Gemeinschaftsprojekten angestoßen und realisiert worden ist.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit hat die Landesregierung den Weg Ungarns in die Europäische Union nachhaltig unterstützt. Die Beitrittsverhandlungen der EU mit Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern wurden im März 1998 eröffnet. Im gleichen Monat haben der damalige ungarische Staatssekretär Kálmán Kovács und ich als Vorsitzende der Gemischten Kommission Ungarn/Baden-Württemberg in unserem Informationsbüro eine Präsentation eröffnet mit dem Titel: „Ungarn und Baden-Württemberg – eine erfolgreiche Partnerschaft in Europa“. Dies war die erste Präsentation Ungarns in Brüssel.

So ist das Informationsbüro über seine ursprüngliche Aufgabe hinaus zu einem Brückenbauer in Europa geworden. Auf diesem Wege wünsche ich der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union unter seinem dynamischen Leiter Richard Arnold weiterhin viel Erfolg!

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 42

„Forum der Regionen“ im März 1998 mit Staatssekretär Wabro (rechts im Bild) und dem ungarischen Staatssekretär Kovács (2. von links)

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 43

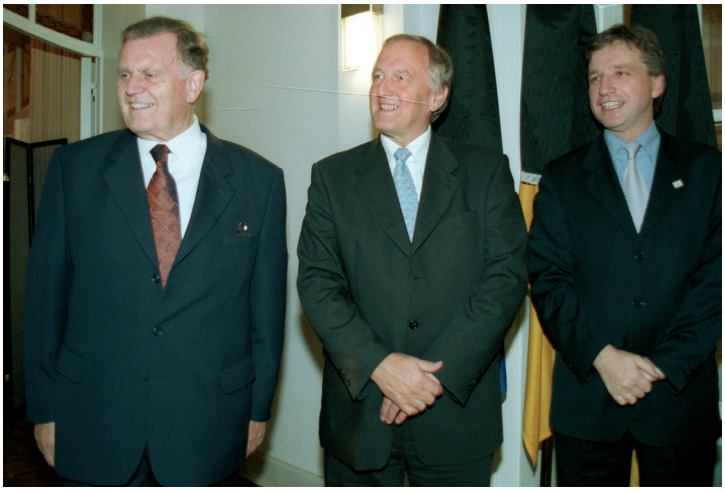
Minister a. D. Dr. Christoph Palmer MdL

Dr. Christoph Palmer MdL, Minister a. D., Minister des Staatsministeriums und für Europäische Angelegenheiten von 2001 bis 2004

Die Jahre ab 2001 waren für mich als Europaminister (ab November 1998 war ich für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums zuständig, für Europa aber erst ab Juni 2001) eine ganz intensive europapolitische Zeit. Ministerpräsident Erwin Teufel zog als Vertreter des Bundesrats in den Konvent zum Europäischen Verfassungsvertrag ein und arbeitete intensiv mit. Das Staatsministerium trug selbstverständlich einen erheblichen Teil der Vorbereitung. Die Passagen zur Subsidiarität insbesondere, aber auch zum vielfältigen und föderalen Aufbau Europas tragen die Handschrift Erwin Teufels. In der sich dem Konvent anschließenden Regierungskonferenz 2003-2004 konnte ich die deutschen Länderinteressen in der deutschen Delegation vertreten. Insbesondere mit Außenminister Joschka Fischer ergab sich eine gute Zusammenarbeit. Daneben waren der Vorsitz im EU-Ausschuss des Bundesrats, die Vize-Präsidentschaft in der Versammlung der Regionen Europas und die Mitarbeit in der Europaministerkonferenz EMK zu schultern. Für das Land Baden-Württemberg war die Wahl von Landtagspräsident Peter Straub zum Präsidenten des Ausschusses der Regionen (AdR) bei der EU eine große Anerkennung. Die europapolitische Arbeit im Land durfte freilich auch nicht vernachlässigt werden, schon im Hinblick auf die Akzeptanz der Osterweiterung und die Europawahlen im Jahre 2004.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 44

Wir haben eine europäische Schriftenreihe eingeführt und am Europatag, 5. Mai, die Tradition der Stuttgarter Europareden begründet. Gemischte Kommissionen mit Kroatien und Bulgarien sowie dem Elsass konnten – neben der erfolgreichen mit Ungarn – auf den Weg gebracht werden. Die Osterweiterung der EU zum 1. Mai 2004 hat sich für die exportorientierte Wirtschaft Baden-Württembergs jetzt schon als großer Erfolg herausgestellt. Nie werde ich vergessen, dass ich den Beitritt Ungarns zur EU am 30. April/1. Mai 2004 in Budapest miterleben durfte.



Der damalige Ministerpräsident Teufel, Landtagspräsident Straub und Minister Palmer am Rande des Verfassungskonvents

Natürlich war der Erwerb der Landesvertretung in der Rue Belliard ein anderes zentrales Ereignis meiner dreieinhalbjährigen Tätigkeit als Europaminister. Die gemietete schöne Square Vergote war zu klein, zu abgelegen; mit dieser Liegenschaft war der Sprung in die neue europapolitische Zeit aktiver Interessenvertretung nicht mehr möglich. In Brüssel spielt unvorstellbar intensiver als in der Vergangenheit die Musik.

Noch im Jahr 2001 haben wir viele Liegenschaften angeschaut, Ministerpräsident Erwin Teufel unterstützte den Umzug von Anfang an, Finanzminister Gerhard Stratthaus ebenso. Ich suchte den Erwerb der neuen Landesvertretung aus dem parteipolitischen Streit im Landtag herauszuhalten und erläuterte geduldig die Sinnhaftigkeit einer größeren funktionalen Landesvertretung. Die Zusammenarbeit mit den Landtagsabgeordneten dabei war hervorragend, über alle Parteigrenzen hinweg. So hat der Erwerb der Landesvertretung in Brüssel zu keinen Kontroversen geführt. Ich danke im Rückblick dem engagierten Team um Ministerialrat Richard Arnold, der kompetenten Hochbauverwaltung, ihren Architekten, Planern und anderen Mitarbeitern. Namentlich sollten die Abgeordneten Dr. Stefan Scheffold und Klaus Hermann von der CDU, Herbert Moser und Günther Fischer von der SPD, Winfried Kretschmann von den Grünen und Dieter Kleinmann von der FDP genannt werden, die allesamt eingebunden waren.

Baden-Württemberg hat nun seit 2004 kein Schloss wie Bayern, aber sicher die funktionalste und am umfassendsten nutzbare Landesvertretung eines deutschen Bundeslandes in Brüssel. Uns war wichtig, dass flexible Tagungsräume zur Verfügung stehen und Übernachtungen möglich sind, aber auch Fremdnutzung durch Firmen. In der Innengestaltung wollten wir Repräsentation und Angemessenheit in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander bringen. Frau Dr. Vera Trost von der Württembergischen Landesbibliothek entwickelte das Kunstkonzept, das natürlich „unseren“ Friedrich Schiller, den Verfasser der Europa-Hymne „Ode an die Freude“ im Foyer in den Mittelpunkt stellt. Aber auch die Einbindung der baden-württembergischen Landschaften und großen Städte war uns wichtig, wunderbar verkörpert im Bodenseezimmer oder den Räumen Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 46

Die in Brüssel so beliebte Schwarzwaldstube hingegen verdanken wir der alleinigen Entscheidung von Ministerpräsident Erwin Teufel, der einen Ort der Landesidentität, der behaglichen Gemütlichkeit, der Heimat im oftmals als „seelenlos“ verschrienen Brüssel schaffen wollte. Diese Konzeption ist voll aufgegangen! Die Schwarzwaldstube ist sicher heute der Mittelpunkt der Vertretung.

Ein kleines Geheimnis sei zum Schluss noch verraten: Der angedachte Brunnen für den überdachten Innenhof fehlt bis zum heutigen Tage. Er war in den Baukosten nicht mehr unterzubringen. Zur Vervollständigung des Gesamtensembles wäre zu wünschen, dass er auf Dauer doch noch kommt!

Ich wünsche der Landesvertretung und allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Gästen und Besuchern ein erfolgreiches Arbeiten und viele schöne Stunden in diesem ex-territorialen Stück Baden-Württemberg in der europäischen Hauptstadt.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 47

Minister a. D. Ulrich Müller MdL

Ulrich Müller MdL, Minister a. D., Minister des Staatsministeriums und für Europäische Angelegenheiten von 2004 bis 2005

Meine Amtszeit als Europaminister war kurz, fiel aber in eine interessante Zeit. Ging es doch z.B. um die Schlussphase der Europäischen Verfassung und ihre Umsetzung ins Verfassungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Dort hatte ich für die unionsgeführten Bundesländer, partiell unterstützt durch die SPD-regierten Bundesländer, gegenüber dem Bund die Länderinteressen, z.B. bei der Subsidiaritätskontrolle, zu wahren.

A propos Subsidiarität: Dieses Prinzip, für das wie kein Zweiter Erwin Teufel steht, muss mit Leben erfüllt werden. Denn Gründe für zentrale, „einheitliche" Lösungen sind schnell – viel zu schnell – bei der Hand. Einheitlichkeit scheint ein Wert an sich, schafft Einfluss für die Europapolitik, wird aus Wettbewerbsgründen gerne gefordert und ist ein beliebtes Mittel, qua Europa zu erreichen, was national nicht durchsetzbar war. „Wenn es keinen Grund gibt, ein Gesetz zu erlassen, dann gibt es einen Grund, kein Gesetz zu erlassen" – dieses Prinzip in Verbindung mit dem Vorrang von Freiheit und Eigenverantwortung, einer gehörigen Portion Bürokratieskepsis und der Erkenntnis hoher demokratischer Legitimation und hoher fachlicher Kompetenz auch auf den Ebenen „unterhalb" der europäischen sind die Gründe, Subsidiarität einzufordern.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 48

Minister Müller im Gespräch mit Generaldirektor Schaub aus der EU-Kommission

A propos Kompetenz: „Leicht bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raum stoßen sich die Sachen" – die Mitwirkung der Basis bedeutet immer auch das Einbeziehen von Realitäten, Erfahrungen, dem Abschätzen von Effekten und Nebeneffekten und der Durchsetzbarkeit von Normen in gestaltende Prozesse. Landespolitik und Landesverwaltung sind dafür prädestiniert, die Bundesverwaltung nicht und schon gar nicht die um sich greifende Flut von EU-Agenturen, die eine eigene administrative Basis für die EU hergeben sollen. Unser Grundgesetz hat sich da anders entschieden: Verwaltung ist Ländersache. Gerade Bundesländer können also besonders gut mitreden: Groß genug, um politisch zu denken, basisnah genug, um die Wirklichkeit abzubilden, sachbezogen genug, um im Strom der Lobbyisten ein verlässlicher Fels zu sein. Meine besten Beiträge zur Europapolitik waren solche, die mein Ministerium (früher war dies das Umwelt- und Verkehrsministerium) auf dem kleinen Dienstweg in den europäischen Entscheidungsprozess einbrachte.

Genau dazu war und ist eine Landesvertretung in Brüssel notwendig. Und genau darin hat die des Landes Baden-Württemberg ihre besondere Stärke. Gastgeber, Schaufenster, Tribüne und Vor-Ort-Posten für unsere Landeskinder – das ist

alles recht und schön und auch das gelingt der Landesvertretung – aber Kernkompetenz muss das „Networking“ sein in einem schwer zu durchschauenden Politikfeld, in dem es meines Erachtens weniger Spezialisierung und Arbeitsteilung gibt als auf Bundes- oder Landesebene. Europapolitiker sind mehr allzuständig in einem komplexen Umfeld und deshalb sind Häuser wie unsere Landesvertretung als Verknüpfungsstellen so wichtig. Wenn dann bei einem Haus und seiner personellen Besetzung, die gemessen an der Aufgabe eher klein sind – nichtsdestoweniger war beides in der Zeit, als die neue Landesvertretung konzipiert wurde, von unserer Opposition als überzogen angesehen worden – wenn also so ein Haus einen Leiter hat, der zu den wichtigsten 20 Deutschen in Brüssel gezählt wird, wie jüngst eine Wirtschaftszeitschrift über Richard Arnold schrieb, dann wird die (Kern-) Aufgabe offenbar erfüllt. Die Schwarzwaldstube ist „nur“ eine schöne Dreingabe.

Für kurze Zeit war ich Chef dieser Truppe in der Landesvertretung. Ich habe sie als eine ganz unkonventionelle, besonders engagierte, vielfältig begabte und von einer Mission erfüllte Mannschaft kennen gelernt. Wer nach Brüssel geht, der tut etwas Besonderes, der arbeitet „out of area“, der hat verdient, dort mit anderen als den üblichen Maßstäben gemessen und behandelt zu werden und erst recht hat er das bei der Rückkehr in ein Ministerium verdient. Diese Expeditionen lohnen sich für das Land und sie müssen sich deshalb auch für die Mitarbeiter lohnen.

P.S. Ein bisschen habe ich meine Europa-Zeit verlängert: seit 2006 bin ich Mitglied im Europa-Ausschuss des Landtags und Vorsitzender des Freundeskreises Baden-Württemberg - Kroatien. Denn neben den Aufgaben, die Europa aus Subsidiaritätsgründen nicht aufgreifen sollte, gibt es genügend, für deren Lösung die EU ein Glücksfall der Geschichte ist. Zu solcher Weitsicht sind sogar subsidiaritätsorientierte Landespolitiker fähig.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 50

Prof. Dr. iur. Dres h.c. Thomas Oppermann

Prof. Dr. Thomas Oppermann war 2002-2003 Berater von Ministerpräsident Erwin Teufel, Vertreter des Deutschen Bundesrates im Konvent.

V. Die baden-württembergische Landesvertretung und der Europäische Verfassungskonvent 2002-2003

Die Zeit des Brüsseler Verfassungskonvents („Konvent zur Zukunft Europas") vom Februar 2002 bis Juli 2003 bedeutete für die „kampferprobte" baden-württembergische Landesvertretung eine besondere Herausforderung.

Feuerprobe für die Landesvertretung

Ministerpräsident *Erwin Teufel* war als Vertreter des Deutschen Bundesrates einer der maßgeblichen deutschen „Conventionels". Er musste vor Ort in Brüssel angemessen betreut werden. Angesichts der dichten Sitzungsfrequenz des Konvents – ein bis zwei Plenardebatten im Monat und dazwischen zahlreiche Ausschusssitzungen und sonstige Zusammenkünfte – war für die Landesvertretung in der Konventszeit eigentlich immer „etwas los". Angesichts der Themenbreite der Konventsarbeit wurden die meisten Mitglieder der Landesvertretung in der einen oder anderen Weise in die Konventsarbeit einbezogen.

Die Hauptverantwortung lastete natürlich auf *Richard Arnold* als Leiter der Vertretung. Unter Bergen von Konventspapieren in seinem geräumigen Arbeitszimmer sowie hinter einem wohlgefüllten Computer behielt er stets souveränen Überblick über das vielverästelte Voranschreiten der europäischen Verfassungsarbeit. Unentbehrlich an seiner Seite war der unermüdliche *Gert Jauernig*.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 51

Ob Erwin Teufel zu früher Morgenstunde mit seiner Begleitung auf dem Brüsseler Flugplatz landete, eine gute Stunde später den Glaspalast des Europäischen Parlaments – Tagungsort des Konvents – betrat, in einer Sitzungspause einen Termin mit Präsident Giscard d'Estaing vereinbaren oder ein Journalistengespräch führen wollte: Jauernig war mit den nötigen Unterlagen oder Informationen zur Stelle. Nicht nur die Sachkenntnis, sondern ebenso sein unveränderlich fröhliches Wesen hat mich über die Monate des Konventes tief beeindruckt. Viele andere wichtige Hilfe aus der Vertretung bis hin zur vorzüglichen Küchenmannschaft muss hier unerwähnt bleiben.

Ministerpräsident Erwin Teufel und Valéry Giscard d'Estaing bei einer Sitzung des Verfassungskonvents

Ein gemütliches Gründerzeithaus

Die baden-württembergische Landesvertretung in Brüssel: das war 2002-2003 noch nicht der großzügig renovierte, moderne Bau direkt neben den EU-Institutionen in der Rue Belliard, sondern etwas abseits das alte, bescheidene Gründerzeitgebäude am Square Vergote, in dem die Dielen knarrten und der jahrzehntealte Aufzug gemächlich nach oben oder unten schwebte.

Sauber eingerichtet, strahlte das Haus etwas von baden-württembergischer „Gemütlichkeit“ aus. Hinter dem freundlichen Esssalon trat man auf eine kleine Terrasse und in einen gepflegten, in seiner Überschaubarkeit japanisch anmutenden Garten.

Die Vertretung bot auf diese Weise ein ideales Ambiente für *Erwin Teufels* Konventsarbeit. Im obersten Geschoss lagen einige verschwiegene Zimmer, in denen er sich mit seinen Mitarbeitern zu gemeinsamer Überlegung zurückziehen konnte. Ebenso empfing er dort von Zeit zu Zeit wichtige Konventspartner zum Zweiergespräch, beginnend mit *Michel Barnier*, dem einflussreichen Vertreter der Europäischen Kommission aus Frankreich im Konvent.

Gastfreundschaft für die „Freunde der Subsidiarität“

Teufels Wirken im Konvent war Lehrbeispiel eines erfahrenen Politikers. Der Vertreter des Bundesrates konzentrierte sich auf die wenigen für den deutschen Föderalismus wichtigen Fragen, allem voran eine wirksame Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips. Teufel setzte letztlich seine Anliegen zu einem wesentlichen Teil durch mittels des Aufbaues eines Netzwerkes guter persönlicher Beziehungen zu wichtigen Konventsmitgliedern. Schon *Kurt Tucholsky* wusste: „Dieweil, lieber Freund, zu jeder Frist, die Hauptsache das Persönliche ist“. Das begann mit der Einladung des Ministerpräsidenten an *Giscard d'Estaing* kurz nach Konventsbeginn zu einem großen Vortrag nach Stuttgart. Die Landesvertretung wurde zu einem wichtigen Ort für solche Begegnungen. Neben den Zweiergesprächen organisierte Arnold für Teufel rasch die Runde der „Freunde der Subsidiarität“. Das gemütliche Abendessen eines Kreises überzeugter „Regionalisten“ aus verschiedenen EU-Staaten schuf bei badisch/schwäbischen Spezialitäten und trinkbarem Wein die Atmosphäre zur Vorbereitung gemeinsamer Vorschläge, welche die Anliegen der „dritten Ebene“ Europas dem Konvent nahe bringen sollten.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 53

Das Mitglied des französischen Senats aus dem Elsaß Hubert Haenel nannte die Zusammenkünfte bald „le Stammtisch". Lamberto Dini, ehemaliger italienischer Ministerpräsident, Alain Lamassoure und Pierre Lequiller aus Frankreich, der Niederländer René van der Linden, Aloyz Peterle, ebenfalls früherer Ministerpräsident aus Slowenien oder der Belgier Josef Chabert vom Ausschuss der Regionen der EU gehörten ebenso zu den „Freunden der Subsidiarität" wie der barocke Elmar Brok, Sprecher der Europäischen Volkspartei im Konvent. Manche Gedanken dieses Kreises aus der Square Vergote fanden später Eingang in die Subsidiaritätsregelung des Konventsentwurfes 2003 und gingen ein Jahr später unverändert in den Text einer EU-Verfassung ein, den 25 Staats- und Regierungschefs am 25. Oktober 2004 in Rom unterzeichneten. In der „EU-Verfassungskrise" seit 2005 gehört die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips weiterhin zu den unumstrittenen Teilen des 2004 verabschiedeten Textes.

Pressekonferenz zum Verfassungskonvent 2002 in der Landesvertretung: (v. l. n. r.) MdEP Elmar Brok, der damalige Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering und Ministerpräsident Teufel

Weitere Aktivitäten der Landesvertretung

Es wäre noch manches Andere über die erfolgreiche Arbeit der Landesvertretung während des Verfassungskonvents und zugunsten seines deutschen Mitgliedes *Erwin Teufel* zu berichten. Über die tägliche Pressearbeit einschließlich abendlicher Runden des Ministerpräsidenten mit wichtigen Journalisten. Oder zur öfters schwierigen Abstimmung der Anliegen zwischen Bund und Ländern im Interesse einer einheitlichen deutschen Präsentation im Konvent. Über den Aufbau der Verbindungen zur Brüsseler Repräsentanz der beiden großen Kirchen im Zuge des – letztlich erfolglosen – Kampfes um einen Gottesbezug in der Präambel der EU-Verfassung, aber ebenso bei der geglückten Aufnahme eines Artikels zur Einrichtung eines ständigen Dialoges EU-Kirchen in der Zukunft.

Wenn es noch eines Beweises für die wichtige Rolle der deutschen Ländervertretungen in Brüssel neben der Ständigen Vertretung des Bundes bedurfte hätte, haben ihn *Richard Arnold* und seine Crew während des Konvents mit Bravour erbracht.

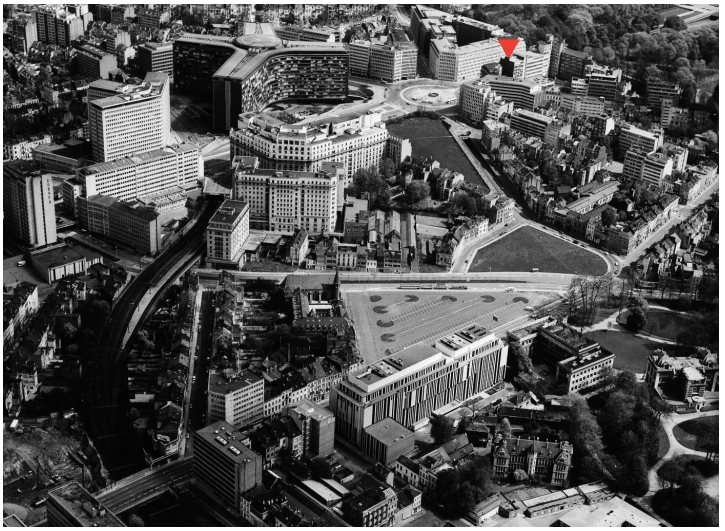
BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 55

VI. 20 Jahre Baden-Württemberg in Brüssel

1987

Baden-Württemberg eröffnet als eines der ersten deutschen Länder ein Informationsbüro in Brüssel.

Sitz war ein Bürogebäude in der Rue de la Loi in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hauptsitz der EU-Kommission und etwas später dann auch zum Sitz des EU-Ministerrats.



Der Sitz des Informationsbüros befand sich in der Rue de la Loi 223 (roter Pfeil) in unmittelbarer Nähe zum Rond Point Schuman. Im kreuzförmigen Berlaymont-Gebäude ist der Hauptsitz der EU-Kommission. Foto: CCE

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 56

1990

Mit dem Umzug in das Gebäude Square Vergote 9 wurde die Grundlage für einen unverkennbaren Auftritt in Brüssel geschaffen.

Die Gründerzeitvilla am Rande des Europaviertels wurde schnell als der Außenposten Baden-Württembergs in Brüssel bekannt.

In den folgenden Jahren wurde das so genannte Beobachtersystem kontinuierlich ausgebaut. Die baden-württembergischen Ministerien entsandten Fachreferenten in das Informationsbüro. 2001 wurde das Informationsbüro in „Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union“ umbenannt.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 57

2004

Eröffnung des neuen Gebäudes der Landesvertretung in mitten des Europaviertels in unmittelbarer Nähe zum Europäischen Parlament, dem Ausschuss der Regionen, dem EU-Ministerrat und der EU-Kommission. Weitere mitgliedstaatliche Einrichtungen wie z. B. die deutsche Ständige Vertretung, Regional- und Kommunalbüros, Vertreter wirtschaftlicher Interessen und verschiedener Verbände befinden sich ebenfalls in Gehweite zur Landesvertretung.

Während anfangs noch die Beschaffung und rasche Weitergabe von Informationen aus erster Hand im Vordergrund standen, geht es heute darum, die europäische Politik aktiv mitzugestalten. Dies gelingt nur, wenn die eigenen Argumente auch im Konzert der Brüsseler Interessenvertreter gehört werden. Deshalb ist es wichtig, inhaltlich gut aufgestellt zu sein und auch „Flagge zu zeigen".

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 58

Seit 2004 hat sich das neue „Haus Baden-Württemberg“ im Europaviertel gut etabliert und ist nicht nur beliebte Anlaufstelle für Gäste aus den Brüsseler Institutionen und deren Umfeld geworden, sondern in jährlich steigender Zahl auch für Meinungsmacher und Entscheidungsträger aus dem Land.

Auswärtige Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion im September 2006 in der Landesvertretung

Die SPD-Fraktion aus dem Landtag tagte im April 2004 in der Landesvertretung.

Klausurtagung der Grünen-Fraktion aus dem Landtag in der Vertretung im Februar 2004.

Die FDP-Landtagsfraktion tagte im Juni 2005 in der Landesvertretung.

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 59

Europaschriften des Staatsministeriums Baden-Württemberg

Heft 1
Die politischen Kräfte in unserem Werk drängen weiter.
Gedenkveranstaltung für Prof. Dr. Walter Hallstein
am 17. November 2001 in Stuttgart.
ISBN: 3-9801995-0-9

Heft 2
Europa im Aufwind - Die europäische Botschaft heute.
Stuttgarter Rede zu Europa 2002 mit Valéry Giscard d'Estaing,
Präsident des Europäischen Konvents.
ISBN: 3-9801995-1-7

Heft 3
Am Vorabend einer europäischen Verfassung.
Stuttgarter Rede zu Europa 2003 mit Ana Palacio,
Außenministerin des Königreiches Spanien.
ISBN: 3-9801995-2-5

Heft 4
Baden-württembergisch Denken, europäisch Handeln.
Dokumentation zur Einweihung der neuen Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union.
ISBN: 3-9801995-3-3

BOOKLET-2007 4/07/07 14:19 Page 60

Heft 5
Europa wächst zusammen. Ungarns Beitrag.
Stuttgarter Rede zu Europa 2004 mit Ferenc Mádl,
Präsident der Republik Ungarn.
ISBN: 3-9801995-4-1

Heft 6
Europa in guter Verfassung.
Erwin Teufel - für die deutschen Länder im Konvent.
ISBN: 3-9801995-5-X

Heft 7
Europa – eine geistige Herausforderung.
Stuttgarter Rede zu Europa 2007 mit Walter Kardinal Kasper, Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen.
ISBN: 978-3-9801995-6-8